

II-9618 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

MARIA RAUCH-KALLAT
BUNDESMINISTERIN FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE
GZ. 70 0502/53-Pr.2/93

Wien, 24. April 1993

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

4328 /AB
1993 -Nr. 28
zu 4456 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen haben am 10. März 1993 eine schriftliche parlamentarische Anfrage mit der Nr. 4456/J, betreffend ältere Arbeitslose, an mich gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Wieviele Personen über 40 Jahre wurden in den letzten fünf Jahren in Ihrem Bereich eingestellt? (Gegliedert nach den einzelnen Jahren)
2. Wieviele Personen wurden insgesamt im gleichen Zeitraum eingestellt?
3. Wie teilen sich diese Zahlen auf Frauen und Männer auf?
4. Besteht für diese Personen noch die Möglichkeit ins Beamtenverhältnis übernommen zu werden? Wenn nein, warum nicht?
5. Wenn ja, wieviele der betroffenen Personen wurden ins Beamtenverhältnis übernommen?
6. Wieviele von allen eingestellten Personen wurden ins Beamtenverhältnis übernommen?
7. Welche Maßnahmen wurden oder werden von Ihnen gesetzt, um eine vermehrte Einstellung von Personen über 40 Jahren zu gewährleisten?

8. Seitens des Bundeskanzleramtes ist ein Durchführungs Rundschreiben zum Ausschreibungsgesetz ergangen, mit welchem auf die Bedeutung des Nachweises einer entsprechenden Berufspraxis hingewiesen wurde. Welche Möglichkeiten gibt es, eine entsprechende Berufspraxis auch entsprechend finanziell zu entlohnen und geleistete Vordienstzeiten in ihrem vollem Umfang anzurechnen?
9. Wie sieht die derzeitige Regelung bzw. Praxis bei der Anrechnung von Vordienstzeiten, insbesondere in der Privatindustrie aus?

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Im Bereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie wurden in den Jahren 1988 bis 1992 24 Personen über 40 Jahre eingestellt, und zwar

im Jahre 1988	5 Personen,
im Jahre 1989	7 Personen,
im Jahre 1990	1 Person,
im Jahre 1991	5 Personen und
im Jahre 1992	6 Personen.

Zu 2.:

Im Zeitraum Jänner 1988 bis Dezember 1992 wurden im gesamten Ressort 528 Personen eingestellt, wobei

im Jahre 1988	101 Personen,
im Jahre 1989	115 Personen,
im Jahre 1990	66 Personen,
im Jahre 1991	132 Personen und
im Jahre 1992	114 Personen

aufgenommen wurden.

Zu 3.:

Von den 24 Personen, die bei der Aufnahme das 40. Lebensjahr erreicht bzw. überschritten hatten, waren 18 Frauen und 6 Männer.

Von den 528 insgesamt aufgenommenen Personen belief sich die Zahl der Frauen auf 302 und die der Männer auf 226.

Zu 4.:

Altersbeschränkungen für die Aufnahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis sind im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, BGBl.Nr. 333, und in der Planstellenbesetzungs-Verordnung 1984, BGBl.Nr. 138, vorgesehen. Im Rahmen dieser gesetzlichen Vorschriften sind Übernahmen ins Beamtenverhältnis möglich.

Zu 5.:

Von den genannten 24 Arbeitnehmern wurden 2 Personen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen.

Zu 6.:

Von den in den Jahren 1988 bis 1992 insgesamt eingestellten Personen wurden im angeführten Zeitraum 42 Bedienstete ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommen.

Zu 7.:

In einem vom Bundeskanzleramt bereits im März 1992 versendeten Rundschreiben wird empfohlen, bei der Ausschreibung für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst verstärkt die Erfüllung von Praxiszeiten in dem für die Verwendung im Bundesdienst erforderlichen Umfang vorzuschreiben, wenn dies für die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben des Arbeitsplatzes von wesentlicher Bedeutung ist. Dadurch soll einerseits dem Problem der steigenden Beschäftigungslosigkeit älterer Arbeitnehmer entgegengewirkt werden, andererseits könnte sich dadurch auch der Dienstgeber die von älteren Arbeitnehmern in ihrer bisherigen Berufspraxis erworbenen einschlägigen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt zu Nutze machen. Ausschreibungen von Planstellen im Bereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie enthalten grundsätzlich keine Anforderungen in Bezug auf das Lebensalter, wodurch auch älteren Arbeitnehmern die Möglichkeit der Bewerbung eingeräumt wird.

Zu 8. und 9.:

Bezüglich der Beantwortung der gestellten Fragen verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seinem Schreiben vom 22. Februar 1993, Zl. 353.110/19-I/6/92, zu den gleichlautend an ihn gerichteten Fragen 6 und 7 der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4057/J vom 22. Dezember 1992 der Abgeordneten Mag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen. Allerdings möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß für die vollständige Anrechnung bestimmter Vordienstzeiten die Zustimmung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen erforderlich ist.

